



Digitalisierung in Deutschlands Kommunen 2026

Zweite repräsentative bundesweite Befragung
unter 1.296 Bürgermeister:innen in Deutschland

In Zusammenarbeit mit forsa



Kontinuierliches Engagement, stockender Fortschritt.

Bereits zum zweiten Mal hat MeisterTask gemeinsam mit forsa eine repräsentative Umfrage unter Bürgermeister:innen in ganz Deutschland durchgeführt, diesmal mit 1.296 Teilnehmenden.

Das Ergebnis:

Deutschlands Kommunen investieren, modernisieren und probieren Neues aus. Und trotzdem bewegt sich der Digitalisierungsgrad kaum. Was steckt dahinter, und was braucht es jetzt, damit sich das ändert?

In diesem Bericht

- 01 Digitale Verwaltung: Eine Bestandsaufnahme
- 02 Digitalisierung bleibt unverzichtbar, aber der Fortschritt stockt
- 03 Der Digitalisierungsgrad stagniert
- 04 Regulierung, Budget, Fachkräfte: Was den Fortschritt blockiert
- 05 KI erreicht die Rathäuser schneller als die Regeln
- 06 Anwendungsfelder und Einführungspläne für KI
- 07 Digitale Souveränität: Kommunen setzen auf Deutschland und Europa
- 08 Digitale Tools als Effizienz-Hebel
- 09 Integration und Einführung: Kosten und Systeme als Hürden
- 10 Cybersicherheit: Budgets bremsen den Schutz
- 11 Fazit: Mehr Technik braucht bessere Rahmenbedingungen
- 12 Über diesen Bericht

Digitale Verwaltung: Eine Bestandsaufnahme

Was Deutschlands Kommunen heute beschäftigt, in Zahlen.


97 %

halten Digitalisierung
für wichtig oder sehr
wichtig


27 %

sind nicht zufrieden
mit dem aktuellen
Digitalisierungsgrad


70 %

attestieren der
Bundesregierung
unzureichende
Rahmenbedingungen


48 %

berichten von gestiegenen
Budgets


78 %

haben neue Software
eingeführt


52 %

nutzen oder erproben
bereits KI


88 %

legen Wert auf
Serverstandort
Deutschland/EU


84 %

halten digitale Tools
für effizienzbringend


19 %

haben verbindliche
KI-Richtlinien

Digitalisierung bleibt unverzichtbar, aber der Fortschritt stockt

- ❶ Dass Digitalisierung für Kommunen notwendig ist, steht außer Frage: **97 %** der Bürgermeister:innen stufen sie als wichtig oder sehr wichtig ein. Das ist exakt derselbe Wert wie 2025. Das Bewusstsein ist vorhanden. Doch die Umsetzung hält nicht Schritt.

97 %



sehen Digitalisierung als wichtig oder sehr wichtig für die Entwicklung ihrer Stadt oder Gemeinde an



3 % stimmen dem nicht zu

Bewusstsein allein modernisiert keine Verwaltung. Nur **15 Prozent** der Befragten bewerten den Digitalisierungsstand ihrer eigenen Verwaltung als „gut“ oder „sehr gut“. **27 Prozent** vergeben die Noten „nicht zufriedenstellend“ oder „unzureichend“ (2025: 29 %). Im Schnitt ergibt sich eine Schulnote von **3,7**, also eine 4+ und damit „ausreichend“, unverändert gegenüber 2025.

Was die zweite Befragungswelle damit in aller Deutlichkeit belegt: Das Problem liegt nicht in den Rathäusern. Es liegt in den von außen gesetzten Rahmenbedingungen.



Regionale Unterschiede

Ostdeutschland bildet das Schlusslicht: Rund ein Drittel der Befragten bewertet den Digitalisierungsgrad dort als „nicht zufriedenstellend“ oder „unzureichend“. In Norddeutschland, der Region mit dem besten Wert, sind es nur 19 %.



Der Digitalisierungsgrad stagniert

Auf den ersten Blick wirkt die Bilanz ermutigend. Fast die Hälfte der Kommunen berichtet, dass sie über ein größeres Digitalisierungsbudget verfügen als vor drei Jahren. Mehr als drei Viertel haben in diesem Zeitraum neue Softwarelösungen eingeführt. Und Künstliche Intelligenz ist in mehr als der Hälfte der Kommunen bereits im Einsatz oder zumindest in Erprobung.

Auf den zweiten Blick ist das Ergebnis ernüchternd: Der durchschnittliche Digitalisierungsgrad hat sich nicht verbessert. Die Schulnote verharrt bei **3,7**, einer 4+, unverändert gegenüber dem Vorjahr.



48 %



gestiegene Budgets
(2025: 51 %)*



78 %



neue Software eingeführt
(2025: 81 %)**



3,7 Schulnote



unverändert
(2025: 3,7)

Mehr Mittel fließen, neue Werkzeuge sind im Einsatz, und trotzdem bleibt das Gesamtbild unverändert. Das deutet auf ein strukturelles Problem hin, das sich mit zusätzlichem Budget allein nicht lösen lässt.

Einen wesentlichen Teil der Verantwortung sehen die Befragten beim Bund: **70 Prozent** sind der Auffassung, dass die aktuelle Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD keine geeigneten Voraussetzungen für die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung geschaffen hat. Gegenüber der Vorgängerregierung, der 2025 noch 78 Prozent dasselbe attestierten, ist das zwar ein spürbarer Rückgang. Das Grundgefühl bleibt jedoch: Kommunen fühlen sich strukturell alleingelassen.

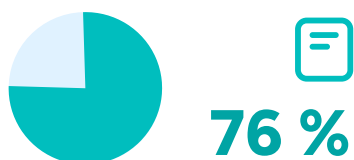


*Der Rückgang um 3 Prozentpunkte liegt innerhalb der statistischen Fehlertoleranz, der Befund gilt als stabil.

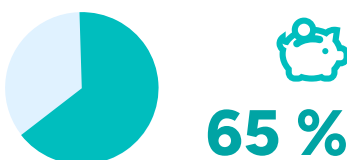
Regulierung, Budget, Fachkräfte

Zu viele offene Baustellen: Was den Fortschritt blockiert

❗ Man stelle sich vor, ein Gebäude soll saniert werden. Die Pläne liegen vor, das Material ist da, und die Handwerker stehen bereit. Und trotzdem ruht die Baustelle. Zu viele Genehmigungen fehlen, die Zuständigkeiten sind ungeklärt. Genauso fühlt sich die Lage in vielen deutschen Kommunen an.



regulatorische Hindernisse
(2025: 78 %)*



fehlende Finanzierung
(2025: 66 %)



Fachkräftemangel
(2025: 54 %)

Regulierung bleibt die größte Bremse

Datenschutzgesetze, Vergabevorschriften, fehlende Standards: Regulatorische Hürden stehen unverändert an erster Stelle, auch nach dem Regierungswechsel.

Die Hindernisse treffen genau dort am härtesten, wo der Aufholbedarf am größten ist:

Kommunen mit niedrigem Digitalisierungsgrad empfinden regulatorische und finanzielle Einschränkungen als deutlich schwerwiegender als weiter fortgeschrittene.

Fehlende politische Unterstützung nennen noch 36 Prozent als Hindernis (2025: 44 %).

Eine Entspannung, aber keine Entwarnung.

Auf Widerstand aus der Bevölkerung stößt die Digitalisierung hingegen kaum: Nur eine verschwindend geringe Minderheit der Befragten rechnet mit öffentlichem Gegenwind. Dabei handelt es sich um einen Befund, der sich seit 2025 nicht verändert hat.



Regionale Unterschiede

Ostdeutschland steht auch hier am stärksten unter Druck: 77 % der Befragten nennen fehlende Finanzierung als zentrale Herausforderung – deutlich mehr als in Süddeutschland (65 %), Westdeutschland (62 %) oder Norddeutschland (56 %). Hinzu kommt: 19 % der ostdeutschen Kommunen berichten von gesunkenen Digitalisierungsbudgets, gegenüber nur 5 % in Norddeutschland.

KI erreicht die Rathäuser schneller als die Regeln

Zwischen dem zunehmenden Fachkräftemangel und der wachsenden Akzeptanz Künstlicher Intelligenz entsteht ein Widerspruch, der sich in den Zahlen dieser Befragung unmittelbar niederschlägt: KI ist in deutschen Verwaltungen angekommen. Schneller als die Regeln, die ihren Einsatz begleiten sollten.



16 Prozent der Befragten setzen KI bereits produktiv ein, weitere **36 Prozent** befinden sich in der Erprobungsphase. In mehr als der Hälfte aller Verwaltungen ist KI heute kein Fremdwort mehr, sondern gelebte Praxis oder zumindest ein laufendes Experiment.

Gleichzeitig zeigt sich eine klare Richtungsentscheidung: Von jenen Verwaltungen, die KI noch nicht produktiv nutzen, planen **68 Prozent** die Einführung. 2025 lag dieser Wert noch bei **46 Prozent***. Der Anteil der entschiedenen Nicht-Einführer ist parallel von **39 auf 24 Prozent*** gesunken. Der Pool der Unentschlossenen schrumpft. Es wird weniger gewartet und mehr entschieden.

Das Governance-Problem

Was parallel dazu nicht Schritt hält, ist die regulatorische Begleitung. Nur **19 Prozent** der Verwaltungen haben verbindliche Richtlinien für den Umgang mit KI erarbeitet. Ein weiteres knappes Fünftel ist dabei, solche zu entwickeln, ein Viertel plant es zumindest, und **23 Prozent** sehen dafür keinen Bedarf. KI kommt also in die Verwaltung, aber oft ohne klare Leitplanken.

Die Risiken, die die Befragten dabei benennen, sind konkret: **Abhängigkeit von externen Anbietern** (58 %), **Datenschutz** (57 %) und **Cyberangriffe auf KI-Systeme** (51 %). Hinzu kommen fehlende Kompetenzen in der Verwaltung (47 %) und Fehlentscheidungen infolge unzureichend nachvollziehbarer KI-Systeme (46 %). Das Bewusstsein für die Risiken ist vorhanden, aber verbindliche Antworten darauf fehlen in den meisten Kommunen noch.



Regionale Unterschiede

Ostdeutschland hinkt auch beim KI-Einsatz hinterher: Nur 40 % der Kommunen nutzen oder erproben KI bereits, gegenüber 57 % in Westdeutschland, das gemeinsam mit Süddeutschland die Vorreiterrolle einnimmt. Ähnlich beim geplanten Einsatz: Während Süddeutschland mit 74 % führt, gefolgt von Westdeutschland (68 %) und Norddeutschland (65 %), liegt Ostdeutschland bei 55 %.



Größeneffekt

In Verwaltungen mit unter 5.000 Einwohner:innen setzen erst 39 % KI ein oder erproben sie. In Städten mit über 20.000 Einwohner:innen sind es bereits über 90 %.



Regionale Unterschiede

Westdeutschland (24 %) und Süddeutschland (21 %) verfügen am häufigsten über KI-Richtlinien. In Nord- und Ostdeutschland haben erst 13 % bzw. 14 % der Verwaltungen klare Regeln.



Größeneffekt

Nur 10 % der kleinsten Kommunen (<5.000 Einwohner:innen) haben KI-Richtlinien. In Kommunen mit 20.000 bis 50.000 Einwohner:innen sind es bereits 60 %.

*Basis 2026: Nur Befragte, deren Verwaltung KI derzeit erprobt oder bei denen KI bisher kein Thema ist (n = 1.026 von 1.296). 2025 wurde diese Frage allen Teilnehmenden gestellt (n = 1.047). Die Jahreswerte sind daher nur eingeschränkt vergleichbar.

Anwendungsfelder und Einführungspläne für KI

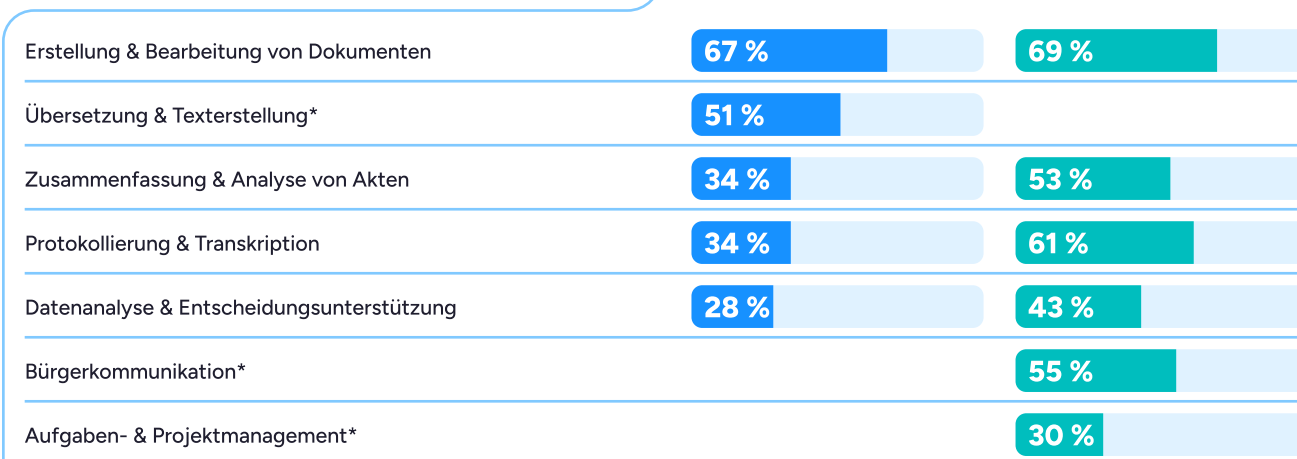
Wo setzen Kommunen Künstliche Intelligenz heute ein, und wo planen sie es in den kommenden Jahren?

Aktuelle Nutzung

= Basis KI-nutzende Verwaltungen (n = 678)

Geplante Einführung

= Basis KI-planende Verwaltungen (n = 694)



* Für diese Kategorien wurde in der Erhebung kein separater Wert ausgewiesen.

Aktuelle Nutzung

Unter den Verwaltungen, die KI bereits einsetzen oder erproben, ist das meistgenutzte Anwendungsfeld die Erstellung und Bearbeitung von Dokumenten (67 %), gefolgt von Übersetzung und Texterstellung (51 %) sowie der Zusammenfassung und Analyse von Akten und Vorgängen (34 %) und die Protokollierung und Transkription von Sitzungen (34 %). Die Datenanalyse zur Entscheidungsunterstützung folgt mit (28 %).

Geplante Einführung in den nächsten zwei Jahren

Für die nähere Zukunft stehen Dokumente (69 %) und Protokollierung (61 %) ganz oben, ergänzt durch die Zusammenfassung von Akten und Vorgängen (53 %), die Kommunikation mit Bürger:innen (55 %) und die Datenanalyse zur Entscheidungsunterstützung (43 %). Das Feld Aufgaben- und Projektmanagement wird von 30 Prozent als Einsatzbereich geplant, ein Bereich mit erheblichem ungenutztem Potenzial.

Die Chance gegen den Fachkräftemangel

76 Prozent der Befragten sehen den größten Nutzen der KI in der Effizienzsteigerung und der Zeitersparnis. 65 Prozent erwarten eine schnellere Bearbeitung von Bürgeranliegen. Und knapp die Hälfte (47 %) sieht in KI vor allem die Möglichkeit, den Fachkräftemangel zu mildern, denselben Mangel, den ebenso viele als eine der größten Digitalisierungshürden nennen.

KI und Fachkräftemangel hängen eng zusammen. Die Technologie, die das Problem lösen könnte, ist in vielen Verwaltungen bereits angekommen. Was noch fehlt, sind die Rahmenbedingungen, um sie sicher und strukturiert einzusetzen.

„KI verändert die Art, wie Kommunen arbeiten, das zeigen die Zahlen dieser Befragung deutlich. Kommunen, die früh auf konkrete Anwendungsfelder setzen, verschaffen sich einen echten Vorsprung: weniger Routineaufwand, schnellere Abläufe, mehr Kapazität für das, was wirklich zählt. Die Technologie ist bereit. Jetzt geht es darum, sie strukturiert und verantwortungsvoll einzusetzen.“

Michael Hollauf

Gründer & CPO, Meister



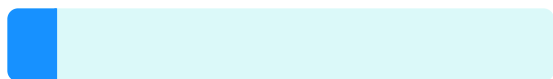
Digitale Souveränität: Kommunen setzen auf Deutschland und Europa

❶ Bei der Frage, welchen Softwareanbietern und Serverstandorten sie vertrauen, sprechen Deutschlands Kommunen mit großer Einigkeit.

88 %



messen dem Standort Deutschland oder der EU für Softwareanbieter und Server eine hohe Bedeutung zu



9 % halten diesen Faktor für weniger oder gar nicht wichtig



Meister hostet seine Software auf Servern in Deutschland und erfüllt alle zentralen europäischen Datenschutz- und Sicherheitsstandards.

Eine Präferenz von **88 Prozent** ist kein abstraktes Bekenntnis zu europäischen Werten. Sie ist eine direkte Reaktion auf konkrete Risikowahrnehmungen: Die Abhängigkeit von externen Anbietern (58 %) und der Datenschutz (57 %) gehören zu den größten wahrgenommenen Risiken beim KI-Einsatz. Für Kommunen, die KI einsetzen oder einsetzen wollen, ist die Frage nach Datenspeicherort und Zugriffskontrolle kein formales Compliance-Thema. Es ist ein operativer Grundsatz.

Für Softwareanbieter, die in der öffentlichen Verwaltung aktiv sind oder es werden wollen, ist die Botschaft eindeutig: Einhaltung des europäischen Rechts, Serverbetrieb in Deutschland oder in der EU und Transparenz über den Umgang mit Verwaltungsdaten. Digitale Souveränität ist keine Zusatzleistung. Sie ist Voraussetzung.



Digitale Tools als Effizienz-Hebel

i Digitale Tools gelten in Deutschlands Kommunen zunehmend als zentrales Mittel zur Entlastung und Modernisierung, und ihre Überzeugungskraft hat gegenüber dem Vorjahr weiter zugenommen.



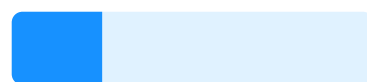
84 % 

halten digitale Tools für
(sehr) geeignet zur
Effizienzsteigerung
(2025: 83 %)*



56 % 

setzen Tools zur
Optimierung der
Zusammenarbeit ein



25 % 

nutzen Aufgaben-
und Projektmanagement-
Tools

Wo Projektmanagement-Tools eingesetzt werden, verändern sie die Zusammenarbeit spürbar: Aufgaben werden klar zugeteilt, Zuständigkeiten transparent gemacht und der Koordinationsaufwand reduziert.

Die sogenannte Praxislücke ist jedoch erheblich. Software zur Optimierung der Zusammenarbeit wird von **56 Prozent** eingesetzt, Prozessautomatisierung von **44 Prozent**, aber Aufgaben- und Projektmanagement-Tools nutzen erst **25 Prozent**. Dabei erkennen **84 Prozent** der Befragten deren Effizienzpotenzial. Zwischen Überzeugung und Umsetzung liegt offenbar noch eine große Strecke.

78 Prozent der Kommunen haben in den vergangenen drei Jahren neue Softwarelösungen eingeführt: **20 Prozent** eine, **58 Prozent** sogar mehrere. Lediglich **14 Prozent** haben in diesem Zeitraum keinerlei neue Software in Betrieb genommen.

Größeneffekt

Prozessautomatisierung nutzen erst 33 % der kleinsten Kommunen (unter 5.000 Einwohner:innen), aber rund 80 % der Kommunen mit mehr als 20.000 Einwohner:innen. Aufgaben- und Projektmanagement-Tools sind in kleinen Kommunen lediglich zu 17 % im Einsatz, in größeren jedoch deutlich über 50 %. Der Aufholbedarf liegt also vor allem bei kleineren Kommunen, aber nicht weil der Nutzen bezweifelt wird, sondern weil Ressourcen und Kapazitäten für die Einführung fehlen.

*Der Anstieg um einen Prozentpunkt liegt innerhalb der statistischen Fehlertoleranz, der Befund gilt als stabil.

Integration und Einführung: Kosten und Systeme als Hürden

- i Die Bereitschaft, neue digitale Lösungen in Betrieb zu nehmen, ist in Deutschlands Kommunen hoch. Die Hürden auf dem Weg dorthin sind es ebenfalls, und sie sind im Jahresvergleich sogar gestiegen.



74 %



nennen hohe Kosten und Gebühren als
größte Herausforderung
(2025: 70 %)



69 %



nennen Integration in bestehende
Systeme als zentrale Hürde
(2025: 66 %)

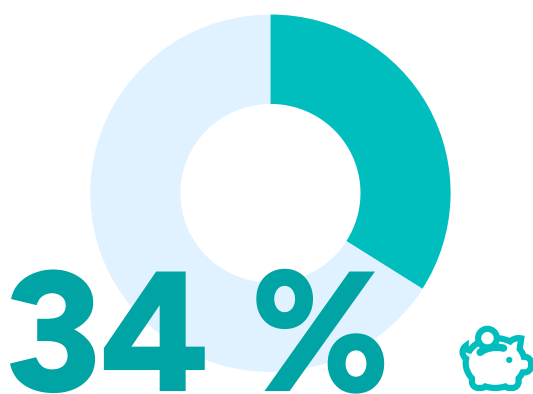
Beide Faktoren haben gegenüber 2025 an Bedeutung gewonnen: Hohe Kosten und Gebühren nennen **74 Prozent** der Befragten als Hürde (2025: 70 %), die Integration in bestehende Systeme **69 Prozent** (2025: 66 %). Ein Hinweis darauf, dass Kommunen mit zunehmendem Digitalisierungsgrad auf komplexere Einführungszenarien stoßen.

Dahinter folgen fehlende personelle Ressourcen (54 %, 2025: 63 %) und die Ausbildung der Mitarbeiter:innen (39 %, unverändert). Bemerkenswert ist der deutliche Rückgang bei den personellen Ressourcen, dem einzigen Faktor, der sich gegenüber dem Vorjahr spürbar verbessert hat. Begrenzte technische Infrastruktur (33 %, 2025: 32 %), lange Entscheidungsprozesse (29 %, 2025: 31 %) und Widerstand gegen Veränderungen (26 %, 2025: 28 %) bleiben nahezu unverändert, alle drei innerhalb der statistischen Fehlertoleranz.

Dieses Muster passt zum Gesamtbild der Befragung: Der Wille zur Digitalisierung ist da, doch die Rahmenbedingungen fehlen vielerorts. Was hier wirklich hilft, sind Lösungen, die sich einfach in bestehende Systeme einfügen, ohne aufwendige Migrationsprojekte.

Cybersicherheit: Budgets bremsen den Schutz

- ❶ Datensicherheit ist für die überwiegende Mehrheit der befragten Bürgermeister:innen ein ernstzunehmendes Thema, und mit zunehmendem Digitalisierungsgrad und wachsender KI-Nutzung gewinnt sie weiter an Gewicht.



sind der Ansicht, dass Budgetbeschränkungen das Risiko eines Cyberangriffs auf ihre Stadt oder Gemeinde erhöhen

(2025: 37 %)

Hinweis zur statistischen Fehlertoleranz (± 3 pp): Der Befund gilt als stabil.

34 Prozent der befragten Bürgermeister:innen sehen in knappen Budgets einen Treiber für das Risiko eines Cyberangriffs auf ihre Stadt bzw. Gemeinde (Werte 5 bis 7 auf einer Skala von 1 bis 7). Nur 10 Prozent sehen gar kein erhöhtes Risiko. Für rund ein Drittel der Kommunen bremsen begrenzte Mittel damit spürbar die eigene Cybersicherheit.

Dabei zeigt sich ein Größeneffekt, der überrascht: Am stärksten sehen die kleinsten Kommunen unter 5.000 Einwohner:innen dieses Risiko (Mittelwert 4,2 von 7). In den größten Verwaltungen ab 50.000 Einwohner:innen sinkt dieser Wert auf 3,5. Passend dazu verzeichnen nur 39 Prozent der kleinsten Kommunen gestiegene Digitalisierungsbudgets, gegenüber 65 Prozent der Kommunen ab 20.000 Einwohner:innen.

Die Verbindung zur KI-Nutzung ist dabei unmittelbar: Cyberangriffe auf KI-Systeme und Datenschutzrisiken gehören zu den am häufigsten genannten KI-Risiken der Befragten. Je mehr KI in den Kommunen Fuß fasst, desto größer wird die potenzielle Angriffsfläche und desto dringlicher der Bedarf nach einem soliden Sicherheitsrahmen.

*Anteil der Befragten, die auf einer Skala von 1 (überhaupt nicht) bis 7 (sehr stark) die Antwortoptionen 5–7 gewählt haben



Fazit

Mehr Technik braucht bessere Rahmenbedingungen.

Die zweite forsa-Befragung zeichnet ein klares Bild: Deutschlands Kommunen tun das Richtige. Sie investieren, modernisieren und öffnen sich für neue Technologien, auch für Künstliche Intelligenz. Doch das Gesamtbild der Verwaltungsdigitalisierung verbessert sich nicht. Die Schulnote bleibt bei 3,7, einer 4+, also „ausreichend“.

Fazit 01: Es wird investiert

Budgets steigen, Software wird eingeführt, KI hält Einzug. Dennoch keine bessere Note.

Fazit 02: KI braucht Governance

52 % nutzen KI, nur 19 % haben klare Richtlinien. Nationale Standards fehlen.

Fazit 03: Die Praxislücke schließen

84 % erkennen den Nutzen digitaler Tools, nur 25 % setzen Projektmanagement-Tools ein.

Die Chance gegen den Fachkräftemangel

Die Praxislücke bei digitalen Projektmanagement-Tools lässt sich schließen, und zwar ohne zusätzliche Budgets. Was gebraucht wird, ist eine gezielte Einführungsstrategie und ein verlässlicher Partner, der Kommunen auf dem Weg dorthin begleitet.

[Mehr erfahren und Demo buchen](#)

Die Ursache liegt nicht im Wollen

Der Stillstand ist kein Ausdruck mangelnden Engagements. Er ist das Ergebnis struktureller Rahmenbedingungen, die sich über zwei Befragungsjahre hinweg kaum verändert haben.

An der Spitze stehen dieses Jahr dieselben drei Bremsen wie 2025: regulatorische Hürden (76 %), fehlende Finanzierung (65 %) und Fachkräftemangel (49 %). Besonders hartnäckig sind die regulatorischen Hürden: Drei von vier Befragten nennen sie als eine der größten Herausforderungen, unabhängig davon, wer in Berlin regiert.

Digitale Souveränität ist nicht verhandelbar

88 Prozent der Kommunen erwarten von Softwareanbietern und Serverstandorten eine klare europäische Verortung. Wer als Digitalisierungspartner der öffentlichen Verwaltung auftreten will, muss diese Anforderung erfüllen.

KI braucht Leitplanken

52 Prozent der Kommunen setzen KI bereits ein oder erproben sie. Nur **19 Prozent** haben dafür klare Regeln. Ohne nationale Standards und verbindliche Governance-Rahmen wird sich das Verhältnis zwischen Technologieeinsatz und Regelklarheit weiter verschieben, mit wachsenden Risiken für Datenschutz und Betriebssicherheit.

„Die Kommunen tun das Richtige: Sie investieren, führen neue Tools ein und öffnen sich für Künstliche Intelligenz. Dass der Digitalisierungsgrad trotzdem auf der Stelle tritt, zeigt, dass Geld und Technik allein nicht ausreichen. Es braucht die richtigen Rahmenbedingungen, damit aus Investitionen auch spürbarer Fortschritt für Bürger:innen entsteht.“

Michael Hollauf
Gründer & CPO, Meister



Über diesen Bericht

Verwaltungsdigitalisierung braucht mehr als Investitionen

Deutschlands öffentliche Verwaltung steht unter erheblichem Modernisierungsdruck. Bürger:innen erwarten schnellere Abläufe, mehr Transparenz und unkomplizierten digitalen Zugang zu Verwaltungsleistungen. Kommunen wollen liefern, aber strukturelle Hindernisse halten sie zurück.

Das hat uns von MeisterTask dazu bewogen, zum zweiten Mal eine repräsentative Befragung unter deutschen Bürgermeister:innen durchzuführen und diesen Bericht zu veröffentlichen. Die Ergebnisse zeigen, wo die Verwaltungsdigitalisierung heute steht, was sie hemmt, und welche Weichenstellungen sie voranbringen können.

1.296

Bürgermeister:innen



aus Gemeinden mit

>1.000

Einwohner:innen



Rahmenbedingungen der Umfrage

Als Grundlage für diesen Bericht haben wir gemeinsam mit dem Markt- und Meinungsforschungsinstitut forsa eine repräsentative bundesweite Online-Befragung unter Bürgermeister:innen durchgeführt.

Befragt wurden **1.296 Bürgermeister:innen** aus Gemeinden mit mindestens 1.000 Einwohner:innen im Zeitraum vom **20. Mai bis zum 12. Juni 2026**. Es handelt sich um die zweite Erhebung dieser Art. Die erste fand im Februar/März 2025 statt. Gegenüber dem Vorjahr wurde der Fragebogen um neue Themen, insbesondere Künstliche Intelligenz, erweitert, sodass nicht für alle Ergebnisse ein Vorjahresvergleich möglich ist. Die statistische Fehlertoleranz beträgt **±3 Prozentpunkte**. Sofern nicht anders angegeben, beziehen sich **alle Prozentwerte auf die Gesamtheit der befragten Bürgermeister:innen** (n = 1.296).

MeisterTask ist der zuverlässige Partner für Ihre Digitalisierung.



Zuverlässig. Sicher. Aus Deutschland.

Mit MeisterTask bieten wir intuitive Werkzeuge für effiziente Zusammenarbeit, die auf Servern in Deutschland gehostet und nach den höchsten europäischen Datenschutz- und Sicherheitsstandards zertifiziert sind. Weltweit vertrauen mehr als 41 Millionen Nutzer:innen auf unsere Lösungen.

Was MeisterTask bietet

Mit MeisterTask bündeln Teams Aufgaben, Projekte und Kommunikation an einem Ort:

- ✓ Übersichtliche Kanban-Boards machen den Arbeitsfortschritt sichtbar
- ✓ Eine integrierte Wissensdatenbank hält Prozesse und Strategien fest
- ✓ Intuitiv zu bedienen, unabhängig vom technischen Kenntnisstand
- ✓ Gehostet auf Servern in Deutschland, zertifiziert nach DSGVO, ISO und weiteren Standards

Wie wir unsere Kund:innen begleiten

Meister ist mehr als ein Softwareanbieter:

- ✓ Persönliche Begleitung durch einen unserer Customer Success Manager
- ✓ Individuelle Trainings für Ihr Team
- ✓ Priority Support per E-Mail und Telefon auf Deutsch

Wer uns bereits vertraut

Mehr als 41 Millionen Menschen arbeiten weltweit mit den Softwarelösungen von Meister, darunter Allianz, Sparkasse, Ritter Sport, Jägermeister, Zurich Airport und die Stadt Karlsruhe.

84 % der Bürgermeister:innen sind überzeugt, dass digitale Tools die Effizienz steigern. Nur 25 % setzen sie ein. Wir helfen Ihnen, diese Lücke zu schließen.

[Mehr erfahren und Demo buchen](#)

